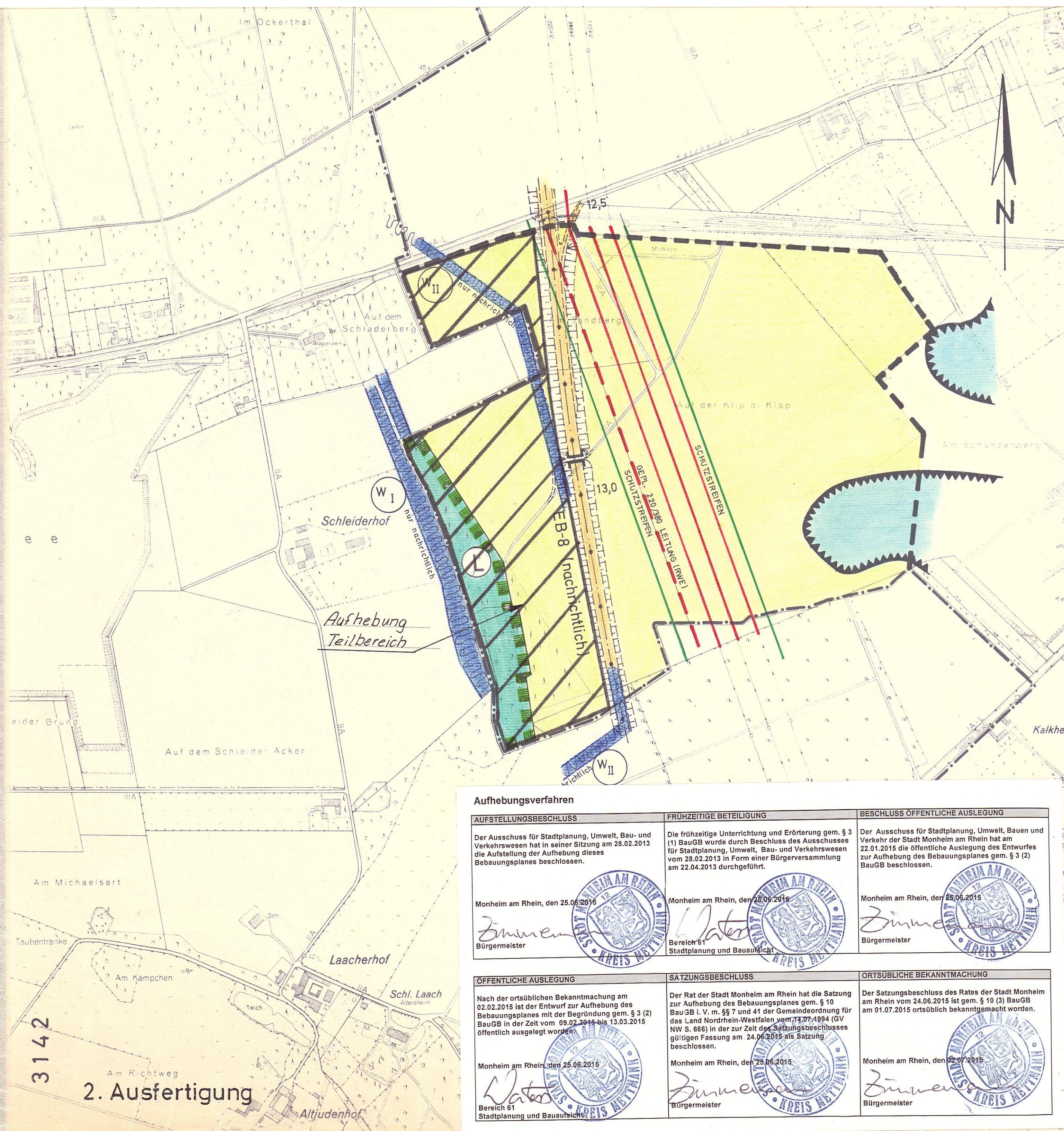


I-37 Katzberg - Südwest



STADT LANGENFELD

Bebauungsplan

I-31

„Katzberg – Südwest“

Gemarkung Immigrath

Flur 47

Maßstab: 1:5 000

Grenzen	Verkehrs- und Grünflächen
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (5) BBauG)	öffentliche Verkehrsfläche (nachrichtlich) (§ 9 (1) Nr. 3 BBauG)
Stadtgrenze	Böschungsflächen
Flurgrenze	Damm
Landschaftsschutzgebiet	Einschnitt
Wasserschutzzone	Grünflächen
Sonstige Flächen	Versorgungsleitungen
Flächen für Abgrabungen (§ 9 (1) Nr. 9 BBauG)	Schutzstreifen 220/380-KV
Flächen für die Landwirtschaft	Schutzstreifen Leitung (RWE)
Flächen für die Forstwirtschaft (§ 9 (1) Nr. 10 BBauG)	G Gasleitung

Der Entwurf wurde auf der Kartengrundlage der Deutschen Grundkarte eingetragen.

Langenfeld, den 24. 6. 1971



Stadtbaurat

Dieser Plan mit der Begründung ist durch Beschluß des Rates der Stadt Langenfeld am 24. 6. 1971 gemäß § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I.S. 341) aufgestellt worden.



Langenfeld, den 21. 1. 1972
Im Auftrage des Rates der Stadt:

Der Bürgermeister

Dieser Plan hat mit der Begründung gemäß § 2 (6) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.60 (BGBl. I.S. 341) nach örtlicher Bekanntmachung am 27. 7. 1971 in der Zeit vom 10. 9. 1971 bis einschließlich öffentlich ausgelegt.

Langenfeld, den 21. 1. 1972

Der Stadtdirektor

Der Rat der Stadt Langenfeld hat diesen Plan am 16. 12. 71 gem. § 10 des Bundesbauges. vom 23.6.1960 (BGBl. I.S. 341) in Verbindung mit den §§ 4 und 28 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen vom 28.10.1952 (GS. NW. S. 167) als Satzung beschlossen.

Langenfeld, den 21. 1. 1972
Im Auftrage des Rates der Stadt:

Der Bürgermeister

Dieser Plan ist gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I.S. 341) mit Verfügung vom 11. 7. 1972 genehmigt worden.

Düsseldorf, den 7. 7. 1972

Der Regierungspräsident
Im Auftrage:

Die öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit der Begründung und der Genehmigung des Regierungspräsidenten sind am 10./11. 8. 1972 gem. § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I.S. 341) öffentlich bekanntgemacht worden.

Langenfeld, den 15. 8. 1972

Der Stadtdirektor

Aufhebungsverfahren

AUFSTELLUNGSBESCHLUSS	FRÜHZEITIGE BETEILIGUNG	BESCHLUSS ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG
Der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen hat in seiner Sitzung am 28.02.2013 die Aufstellung der Aufhebung dieses Bebauungsplanes beschlossen.	Die frühzeitige Unterrichtung und Erörterung gem. § 3 (1) BauGB wurde durch Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen vom 28.02.2013 in Form einer Bürgerversammlung am 22.04.2013 durchgeführt.	Der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr der Stadt Monheim am Rhein hat am 22.01.2015 die öffentliche Auslegung des Entwurfes zur Aufhebung des Bebauungsplanes gem. § 3 (2) BauGB beschlossen.
Monheim am Rhein, den 25.06.2015 Bürgermeister	Monheim am Rhein, den 25.06.2015 Bereich 61 Stadtplanung und Bauaufsicht	Monheim am Rhein, den 25.06.2015 Bürgermeister
ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG	SATZUNGSBESCHLUSS	ORTSÜBLICHE BEKANNTMACHUNG
Nach der ortsüblichen Bekanntmachung am 02.02.2015 ist der Entwurf zur Aufhebung des Bebauungsplanes mit der Begründung gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 09.02.2015 bis 13.03.2015 öffentlich ausgelegt worden.	Der Rat der Stadt Monheim am Rhein hat die Satzung zur Aufhebung des Bebauungsplanes gem. § 10 BauGB i. V. m. §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28.10.1952 (GV NW S. 666) in der zur Zeit der Satzungsbeschlusses gültigen Fassung am 24.06.2015 als Satzung beschlossen.	Der Satzungsbeschluss des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 24.06.2015 ist gem. § 10 (3) BauGB am 01.07.2015 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Monheim am Rhein, den 25.06.2015 Bereich 61 Stadtplanung und Bauaufsicht	Monheim am Rhein, den 25.06.2015 Bürgermeister	Monheim am Rhein, den 02.07.2015 Bürgermeister

2. Ausfertigung

Kr. 22. 7. 71

3142